

F84 1341

Externe front

X
1726

Österreichische Per.
Deutschlands
Vorstand
bibliothek

27846

vier

Aufrufe

MAX
BIBLIOTHEK

Otto Wels
Karl Höltermann



Peter Grabmann
Fritz Wildung

Otto Wels:

Die Fronten sind formiert!

R.
143.
Schwerste Entscheidungen stehen bevor. Beispiellos ist die Zuspitzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation, ihre Entspannung in dieser oder jener Form ist in greifbare Nähe gerückt.

Die Fronten sind formiert. Drüben stehen die kapitalistischen Sozialreaktionäre und Faschisten — hüben die Sozialisten und Republikaner, und ihre Standarten heben sich so grell voneinander ab, daß es keinem Volksgenossen schwerfallen kann, sich zu entscheiden, in welchem Lager sein Platz zu sein hat.

In der Front der Faschisten sind die Industriekapitäne tonangebend, die bei der Verfolgung ihrer ruchlosen Pläne, den Kapitalismus auf Kosten der Schaffenden abermals „gesund“ zu machen, sich den Teufel um das Los der Millionen kümmern, die ihre Wirtschafts-anarchie erwerbslos gemacht und ruiniert hat: „Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind!“

Neben den Wortführern des Kapitals stehen die aus dem „Stahlbad“ des Weltkrieges gesund und munter nach Deutschland zurückgekehrten Söhne des letzten regierenden Hohenzollern, die anderen deutschen Potentaten a. D., militärische Würdenträger aus der wilhelminischen Zeit, Alldutsche und die deutschnationalen Hugenberger. Aber auch der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei schändet das Andenken seines toten Führers **Strefemann**, indem er mit denen paktiert, vor denen Strefemann am Verfassungstag 1929 so eindringlich warnte, weil sie den

„Kampf gegen das heutige Deutschland“ führen, um „für diejenige Gruppe, die im schärfsten Kampf gegen den Staat steht, auch die Regierungsgewalt zu erringen“.

Die Nationalsozialisten, die Strefemann stäupte und Dingeldey hätschelt, sind die faschistische Gewaltgardie der Harzburger. Entschlossen, „die Jammerlappen, die sich deutschnational nennen“ (zitiert nach dem Naziführer Rube), und auch die Volksparteiler nötigenfalls zu den übrigen bürgerlichen Parteien auf den „stinkenden Misthaufen“ zu schleudern, krennen Adolf Hitler und die Seinen auf den Augenblick der Wucht ergreifung, um sich als

Hentersknechte am deutschen Volk

zu betätigen. Legal will Hitler zur Macht, um „legal“ Köpfe rollen zu lassen. ER hat es selbst gesagt, als ER vor dem Reichsgericht erklärte, wenn **SENE** Bewegung siege, werde

ein Staatsgerichtshof kommen, durch den der November 1918 seine Sühne finden werde, und „dann werden auch Köpfe fallen“.

Wie der Herr, so's Gescherr! Dr. Fried will 24 Stunden nach der Machtergreifung durch die Nazis „nach dem vorbildlichen italienischen Muster“ den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten, wobei „natürlich einige Zehntausende von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen würden“. Natürlich! Und Gregor Strasser will, zur Regierung gekommen, „dem deutschen Volke einmal etwas vorregieren“:

Wir wollen die legale, aber die Brachialgewalt im Staat, deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm geschieht. Marxisten und demokratische Republikaner gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgendeiner Internationale bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „Heil Moskau“ rufen sollte, wird aufgehängt“.

Der Geist des Köpfens, Hängens und Zerstörens, der in diesen Äußerungen der prominentesten Naziführer rumort ist es, aus dem auch die Bogheimer Blutdokumente geboren wurden, die einen aufschlußreichen Blick in jene „herrlichen Zeiten“ gewährten, denen Adolf Hitler das deutsche Volk entgegenzuführen gedenkt.

Die Faschisten wollen die staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte, die für die Arbeiterbewegung so lebenswichtig sind wie für den Vogel die Luft und für den Fisch das Wasser, eskamotieren. Die politischen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen, in denen heute auf deutschem Boden demokratisch-sozialistischer Lebenswille sich schöpferisch regt, mit Stumpf und Stil auszurotten, das ist ihr Ziel.

Blick nach Italien!

Dort hat der Faschismus die Arbeiterklasse aller ihrer politischen Rechte beraubt, die freie Meinungsäußerung beseitigt, alle sozialistischen und liberalen Zeitungen verboten, die gesamten sozialistischen und kommunistischen Organisationen ausgerottet, die Gewerkschaften zertrümmert, das blühende Genossenschaftswesen zerschlagen, den Arbeitern sämtliche sozialen Rechte genommen und an ihre Stelle schäbige Almosen gesetzt.

Der Faschismus hat Tausende durch feigen Meuchelmord getötet, andere Tausende in die Kerker geworfen oder in die Verbannung gejagt. Er hat die Arbeiterheime niedergebrannt und

alle Unternehmungen der Arbeiterklasse zerstört. Der Faschismus hat das kapitalistische Ausbeutungssystem wieder hergestellt und den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geraubt. Nie war das italienische Proletariat so sehr Sklave des Kapitals, wie heute.

Das ist das von Fried so sehr gelobte „vorbildliche italienische Muster“. Soll und darf es in Deutschland verwirklicht werden? Niemals werden die Deutsche Sozialdemokratie, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sowie die durch Gemeinsamkeit des Denkens, Tuns und Wollens ihnen verbundenen Korporationen und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold es dulden. Die Millionen, die in dieser eisernen Front dem Faschismus gegenüberstehen, rekrutieren sich aus den besten, kampfgeschuldeten Elementen der deutschen Arbeiterklasse, und diese Millionen, von denen Hunderttausende im Grauen des Weltkrieges in den schmutzigen Schützengräben lagen und Tag um Tag dem Tod unerschrocken ins Auge sahen, werden im heiligen Verteidigungskampf für die Freiheit der deutschen Arbeiterklasse ihren Mann zu stehen wissen: „Lewwer duad us Slaav!“ — Lieber tot als Sklave!

Die Kampfmethoden werden parlamentarisch und außerparlamentarisch den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse angepaßt. Maßlos hassen die Hakent Kreuzler die deutsche Sozialdemokratie, weil sie infolge der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen, dem größten deutschen Gliedstaat, immer noch nicht regierungsbeteiligt sind. Sie brennen vor Gier, es bald zu werden, koste es auch die Einsetzung stärkster außerparlamentarischer Mittel, gehe es nun auch **hart auf hart!**

Auch mit dieser Möglichkeit rechnet die Eisernen Front. Sie steht selbstverständlich auf dem Boden des von ihr gehüteten und verteidigten Rechts. Verneinen jedoch ihre Feinde dieses Recht, betätigen sie sich anders als legal im Sinne der Verfassung der Republik, wagen sie es, die verfassungsmäßigen Rechte gewalttätig anzugreifen, so werden deren Verteidiger auch mit den Mitteln zu kämpfen verstehen, zu deren Handhabung die Heines und Genossen in sogenannten „Sportsschulen“ die SA.-Landsknechte Adolf Hitlers „erziehen“.

In die eiserne Abwehrfront gegen den Faschismus gehören alle, die die republikanische Verfassung gesichert, die Deutschlands Aufstieg, die sozialen und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse verwirklicht und den

europäischen Frieden erhalten sehen wollen. Den Todfeinden der Demokratie und des Sozialismus aber leistet Helferdienste, wer den wahnsinnigen Parolen der Kommunisten folgt, die in diesem Kampf auf Leben und Tod der Arbeiterbewegung zu nichts anderem als zu klassenverräterischer Heze gegen die antifaschistische Abwehrfront fähig ist.

Klassenverrat begeht, wer die Republik den Faschisten ausliefert! Auch diese Republik? Jawohl, „einig mit der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten sind wir der Auffassung, daß die Republik geschützt werden muß, und das, obgleich die Republik die schwarzrotgoldene, die bürgerliche Republik ist und nicht die rote Räte-Republik des Proletariats“. Mit diesen Worten begründete Klara Zetkin im Deutschen Reichstag nach dem Rathenau-Mord die Zustimmung der kommunistischen Reichstagsfraktion zum — Republikenschutzgesetz. Sie wußte und weiß, daß das Proletariat in der demokratischen Republik die Staatsform besitzt, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.

In der gleichen Erkenntnis nannte die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, unsere Politik, die Faschisten nicht an die Macht kommen zu lassen, „die wahre, einzig mögliche Abwehrpolitik“. Und Leo Trotzki, der wegen sogenannter Linksabweichung aus Sowjetrußland verbannte Bolschewist, nennt die kommunistische Politik ungeheuerlich, die darauf hinausgehe, das Proletariat auf Gnade und Ungnade seinem Todfeind auszuliefern. Trotzki warnt: „Das Gelingen der deutschen Nationalsozialisten an die Macht würde vor allem die Vertilgung der Blüte des deutschen Proletariats bedeuten, die Zerstörung seiner Organisationen, die Ausrottung seines Glaubens an sich und seine Zukunft. Entsprechend der weitaus größeren Reife und Schärfe der sozialen Gegensätze in Deutschland würde die Höllearbeit des italienischen Faschismus sich wahrscheinlich als blasses und fast humanes Experiment ausnehmen, im Vergleich zur Arbeit der deutschen Nationalsozialisten.“

Und nun wählt, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, entscheidet euch, ihr Republikaner! Die Situation ist geklärt, die Kampffronten sind formiert, und ein Drüben, ein Hüben nur gilt! Rückt zusammen, die ihr zur Sonne, zur Freiheit wollt! Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Karl Höltermann,

Geschäftsführender Bundesvorsitzender im
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Nichts für uns — alles für Deutschland!

Heute rufen wir — morgen schlagen wir!

Das Jahr 1932 wird unser Jahr sein, das Jahr des endlichen Sieges der Republik über ihre Gegner. Nicht einen Tag, nicht eine Stunde mehr wollen wir in der Defensive bleiben — wir greifen an! Angriff auf der ganzen Linie! Unser Aufmarsch schon muß ein Teil der allgemeinen Offensive sein. Heute rufen wir — morgen schlagen wir!

Wir wollen für die Demokratie den Sieg erringen, weil wir um Deutschlands Willen siegen müssen. Wir müssen den Sieg für Deutschland erringen, weil wir wollen. Heute dürfen wir's gestehen: als wir 1923 um diese Lage herum mit Hörsting jenen Aufmarsch berieten und planten, der in die Offensive des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mündete, da schien uns sehr fraglich, ob der Wurf gelingen werde. Wir sind sicherer denn damals, daß über ein kurzes wir uns fragen werden, wie war es möglich, an unsrer innern Kraft zu zweifeln! Eine Erinnerung nur noch wird uns das Jahr 1931 sein, nicht anders als jenes böse Jahr 1923.

Die Bürgerkriegspsychose wird und muß gebrochen werden. Die aus der Wirtschaftskrise kommende geistige Lähmung des deutschen Volkes wird weichen, und aus neu erwachendem politischen Tatwillen wird die frische Gestaltungskraft fließen, die zu wirtschaftlichem Aufstieg führt. Der Gehirnkrampf, der weite Teile des deutschen Volkes befallen hat, wird sich lösen, und die Hittlerei wird nicht „Köpfe rollen“ lassen, sondern mit Kopfschütteln abgetan werden. Es wird freilich eine gewaltige Kraftanstrengung kosten. Darauf kommt es an: von heute an bis zum Mai alle Kraft und alle Macht aller demokratisch gesinnten Deutschen auf den einen Punkt zu konzentrieren: den politischen Sieg! Es gibt keinen andern Weg, um die alles verschlingende Not dieser Zeit zu wenden. Alle gewerkschaftliche Arbeit und Mühe ist für die Katz gewesen; alle sportlichen und kulturellen Erziehungserfolge werden verschüttet; alle Opfer an Lohn- und sozialem Leistungsabbau sind umsonst gebracht, wenn die Demokratie verloren ist. Aber nichts ist auf die Dauer verloren und alles ist zu gewinnen, wenn wir den politischen Sieg erringen.

Diese Einsicht hat in den letzten Tagen und Wochen die Köpfe und die Herzen erobert, einen Arbeitswillen entfesselt, der uns Gewißheit gibt, daß in wenigen Wochen Erfolge zu erzielen sind, die sonst nur in ebenso vielen Jahren zu erreichen sein würden. Wo Arbeitswille herrscht, fehlt's nie an Opferwillen. So groß die Arbeit ist, die geleistet werden muß, so groß müssen die Opfer an Zeit und Geld sein. Ihr Kameraden vom Reichsbanner, ihr wißt, was Arbeitswille und Opferwille heißt! Es gilt, mit Reichsbannergeist und Reichsbanner-Opferinn die Massen der deutschen Republikaner zu erfüllen. Wir wollen gern in vorderster Front stehen, wir wollen gern das Höchste leisten. Es kommt darauf an, Kameraden, durch unser Beispiel mitzureißen und vorwärtszureißen. Wir wollen nichts für uns — alles für Deutschland!

Fertig machen, Kameraden! Wir wollen die ersten sein, die „Fertig!“ melden. Fertig zur großen Offensive!

Allen voran

durch den schnellen Bilderdienst
durch die glänzende Redaktionsführung
durch den hervorragenden Qualitätsdruck
die einzige republikanische Illustrierte

JRZ

(Illustrierte Republikanische Zeitung)

Erscheint jede Woche

Preis 20 Pfennig

Fordern Sie die JRZ bei Ihrem Zeitungshändler,
veranlassen Sie ihn, die JRZ auszuhängen!

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68

Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft entbehrt werden

Arbeiter, Angestellte oder Beamte interessiert der Nationalsozialismus nicht nur von der politischen und kulturellen, sondern auch von der wirtschaftlichen Seite. Die Stellung aller Menschen, die durch eigene Arbeit ihr Brot verdienen müssen, ist abhängig vom Zustand der eigenen und der ausländischen Wirtschaft. Gerade die Entwicklung der Wirtschaftskrise in den letzten Monaten zeigt uns mit brutaler Klarheit, wie selbst Länder mit großen, aus ihrer Natur und ihrem Klima bedingten Reichtümern von den Erschütterungen aufgewühlt werden, die sich in anderen Ländern vollziehen, wie aus der Krise eines oder mehrerer den Weltmarkt bestimmend beeinflussender Länder sich auch Krisen im eigenen Lande entwickeln, wie also die

wirtschaftliche Autarkie nur ein Traum

ist. Aus dieser Erkenntnis heraus und dem Beispiel der Unternehmer folgend, haben sich die Gewerkschaften in allen Ländern verhältnismäßig frühzeitig auf internationale Zusammenarbeit eingestellt, die dazu führen könnte, die wirtschaftlichen Verhältnisse in aller Welt so umzuformen, daß an die Stelle der heutigen, lediglich auf privaten Nutzen eingestellten kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische, also eine Gemeinwirtschaft tritt. Gemeinwirtschaft als solche kann nur aufgebaut sein auf eine Produktion, die nicht um des Gewinnes willen, also spekulativ, arbeitet, sondern den Bedarf vorher genau feststellt und demgemäß Waren aller Art erzeugt. Nimmt man diese nun einmal vorhandene, durch keinen Wunschtraum abzuändernde Tatsache hin, so führt

**das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten,
praktisch durchgeführt, zur politischen und militärischen
Todfeindschaft aller Völker**

und zu dauernden wirtschaftlichen Kriegen der Völker gegeneinander.

Uns interessiert, wie sich der Nationalsozialismus mit dem Gewerkschaftsgedanken und dem gewerkschaftlichen Wirken auseinandersetzt. Nach einem in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Verfassungsentwurf der Nationalsozialisten, der dazu bestimmt war, für den Fall des Gelingens des Hitler-Putsches am

9. November 1923 oberstes Gesetz in Deutschland zu werden, sollte u. a. folgendes gelten:

„Alle Parteien und alle politischen Vereine, auch solche, die hinter anderen Zwecken politische verbergen, sind aufgelöst, desgleichen alle Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände.“ (§ 12.)

„Ausperrungen und Arbeitseinstellungen werden mit dem Tode bestraft. Die gleiche Strafe trifft jeden, der dazu auffordert, anreizt oder zu verleiten sucht.“ (§ 13.)

„Mit dem Tode werden bestraft Handlungen und Unternehmungen, die geeignet sind, den Bestand der Staatsordnung zu erschüttern oder zu gefährden, oder die Durchführung der Grundsätze dieser Verordnung zu hindern oder zu erschweren.“ (§ 24 Abs. 2.)

Seitdem sich die Nationalsozialisten bemühen, in die Gewerkschaften einzudringen, also nach kommunistischem Muster Zellen zu bilden, haben sie zwar diese Thesen nicht mehr öffentlich herausgestellt, daß sich aber ihre Grundauffassung nicht geändert hat, geht u. a. aus der im Jahre 1930 erschienenen 6. Auflage des Buches von Adolf Hitler „Mein Kampf“ (Seite 675), ~~wo~~ **wo** es heißt:

„Die nationalsozialistische Gewerkschaft ist kein **Str** Organ des Klassenkampfes, sondern ein Organ der Berufsvertretung.“

In der nationalsozialistischen Presse und in den Versammlungen heißt es immer wieder: „Der Klassenkampf sei eine jüdisch-marginalische Erfindung“.

Karl Marx hat vielleicht als erster wissenschaftlich für einen aus der ökonomischen Entwicklung hervorgegangenen Zustand nachgewiesen, daß die für Lohn und Gehalt Arbeitenden sich als „eine Klasse betrachten müssen“. Aber den „Klassenkampf“ hat Marx nicht „erfunden“, denn er war schon seinerzeit vorhanden und ist mit dem privatkapitalistischen System untrennbar verbunden. Die Unternehmer wie die Unternehmerverbände und ihre Trusts, Kartelle, Syndikate kennen nur ein Interesse: aus der Erzeugung von Waren einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Je geringer die Herstellungskosten sind, desto höher der Gewinn. Daraus folgt von selbst, daß der Arbeitgeber an einem möglichst geringen Lohn und an einer möglichst hohen Leistung des Arbeiters in höchstem Maße interessiert ist. Der einzelne Arbeiter kann diesem Bestreben auch bei höchster technischer Qualifikation und körperlich größter Leistungsfähigkeit einen ausreichenden Widerstand nicht entgegensetzen. Er kann das nur im Verein mit möglichst allen Arbeitnehmern.

Diese Erkenntnis führte zur Bildung der Gewerkschaften, sie zwang die Gewerkschaften, sich um einen größtmöglichen Anteil

am Verkaufspreis der Waren, d. h. also um einen entsprechenden Lohn sich zu bemühen. Dieses Bemühen begegnete auf der anderen Seite stärkstem Widerstand, daher waren Kämpfe um Lohn, um Arbeitszeit, um Betriebseinrichtungen, um sozialen und kulturellen Fortschritt unausbleiblich. Diesen im privatkapitalistischen System als „natürlich“ anzusprechenden Zustand will der Nationalsozialismus mit drakonischen Zwangsmaßnahmen unmöglich machen. Der Hinweis darauf, daß im verheißenen Dritten Reich die Vereinigungen der Arbeiter ebenfalls aufgelöst, daß Aussperrungen genau so wie Arbeitseinstellungen mit dem Tode bestraft werden, daß die Ausdehnung solcher Maßnahmen auch auf die Arbeitgeber ausgedehnt würde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotzdem eine unbestreitbare und gewollte Bevorzugung der Arbeitgeber vorgesehen ist. Denn trotz Auflösung der Unternehmerverbände würde ja nur der alte Zustand wieder herbeigeführt, zu dessen Aenderung sich die Arbeiter zu Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, nämlich der, daß der einzelne Arbeiter dem einzelnen Arbeitgeber allein gegenüberstände und mit ihm einen sogenannten „freien“ Arbeitsvertrag abschließen könnte. Gewiß war der Arbeiter in seinem Entschluß „frei“, die ihm vom Arbeitgeber vorgelegten Arbeitsbedingungen anzunehmen oder abzulehnen, aber hinter dieser „Freiheit“ des Entschlusses stand der mächtigste Einpeitscher — der Hunger! Die Gewerkschaften haben als eine ihrer Lebensaufgaben gerade die Ablösung des freien Arbeitsvertrages durch den kollektiven und dessen Ueberwachung durch die Gewerkschaften betrachtet. Wer den Arbeitern in diesem Bestreben in den Arm fällt, ist ihr Todfeind, denn er nimmt einseitig Partei gegen sie, verhindert sie, sich mit den Mitteln des Zusammenschlusses und des gemeinsamen Kampfes bessere Lebensbedingungen zu erringen.

Nach der These Adolf Hitlers sollen nun die nationalsozialistischen Gewerkschaften nicht Organ des Klassenkampfes, sondern Organ der Berufsvertretungen sein. Selbst dann, wenn diese Umbenennung und Umformung stattgefunden hätte, könnten diese neuen Organe gar nichts anderes tun, wollten sie ihrem Zweck gerecht werden, als dem Beispiel der angeblich „jüdisch-marxistisch“ verfeuchten Gewerkschaften zu folgen. Aber das soll ihre künftige Zweckbestimmung nicht sein, denn aus der nationalsozialistischen Literatur geht ja hervor, daß der Staat in einer allerdings sehr unklaren Form künftig dafür sorgen solle, daß alle seine Glieder sich des relativ größten Wohlwollens zu erfreuen hätten. Das von dem Diplom-Ingenieur Gottfried Feder — der von Hitler ausdrücklich mit dieser Aufgabe betraut wurde — entworfene nationalsozialistische Programm sieht zunächst in der Einleitung vor, daß es sich bei dem Kampf der Nationalsozialisten „zunächst um die unverrückbare Festlegung unserer Ziele, aber nicht um Wahl- oder sonstige Programme der bürgerlichen oder sozialistischen

Parteien handele“, und Feder sagt ferner: „Aus diesem weltanschaulichen Grunde haben die Nationalsozialisten kein Interesse an einer realpolitisch durchdachten, organisch entwickelten Um-
bildung des Staates, sie sehen sich als kosmische Kraft“.

Wie sich die Apostel des Dritten Reiches die künftige Gestaltung der Dinge vorstellen, ergibt sich, soweit sozialpolitische Forderungen in Frage kommen, aus folgenden Thesen ihres Programms:

Punkt 22 der Federschen Formulierung:

„Großzügiger Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens“.

Punkt 23:

Beteiligung aller an werteschaffenden Unternehmungen Beschäftigten an den Ertragnissen des Werkes“.

Feder erläutert diese grundsätzlich wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Gewinnbeteiligung folgendermaßen:

„Die Schwierigkeit der Frage beginnt erst bei der Durchführung, das heißt bei der Abgrenzung des Anteiles am Gewinn, der der wirklichen Leistung des einzelnen Schaffenden, seinem Fleiß und seiner Geschicklichkeit seine Entstehung verdankt, und dem Teil, der auf die Rechnung des Erfinders, des Verwerterers, des Kaufmanns, des Betriebsleiters, der Geschäftslage und sonstiger Umstände zu setzen ist.“

„Wie später in einem nationalsozialistischen Staat die Frage der Gewinnbeteiligung gelöst wird, steht hier nicht zur Besprechung.“

„Ich persönlich hielte eine allgemeine Preissenkung bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern durch Verwendung der heutigen Unternehmerprofite für den richtigeren und wirksameren Weg zur Erfüllung der Forderung nach Gewinnbeteiligung an der gesamten nationalen Produktion.“

„Preissenkung ist das Zauberwort, das jeden Volksgenossen „gewinnbeteiligt“ macht an der nationalen Gesamtproduktion.“

Es ist charakteristisch, daß in dem nationalsozialistischen Programm über die Arbeitslosenversicherung nichts gesagt, statt dessen

die einjährige Arbeitsdienstpflicht verlangt

wird. In dem einzigen Staate, der bisher diese Arbeitsdienstpflicht durchgeführt hat, in Bulgarien, haben die gemachten Erfahrungen abschreckend gewirkt. Der eigentliche Zweck dieser Arbeitsdienstpflicht ist auf einer wirtschaftspolitischen Sonder-
tagung für führende Persönlichkeiten der Wirtschaft am 7. November 1931 in Düsseldorf von dem bekannten Hauptmann a. D. Dr. Otto Wagener wie folgt erläutert worden:

„Die Nationalsozialisten wollen die Arbeitsdienstpflicht einführen, vor allem deshalb, um unserer Jugend zunächst wieder einmal beizubringen, daß es noch ein Oben und ein Unten gibt“.

Derjelbe Herr Dr. Wagener hat sich auch über seine Auffassungen im nationalsozialistischen Zukunftsstaat ausgelassen:

„Wir eigentumsfeindlich? Wir denken gar nicht daran! Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und bejaht werden.“

Er behauptete, wir leben jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, „der Herrschaft der Masse und der Dummheit“. Im Dritten Reich wird es ganz anders kommen, denn — nach Wagener —:

„Die Masse kann nicht regieren; regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit“.

Herr Wagener erläuterte den Begriff des Sozialismus im Firmenschild der Hakenkreuzler, der nicht ernst zu nehmen sei, denn, so sagte er: „Diese Gedankengänge sind nicht etwa — diesen Einwand möchte ich von vornherein widerlegen — Sozialisierungsbestrebungen. Sozialisierung ist kollektivistische Verwaltung unter Ausschaltung des bisherigen Besitzers. Wir aber denken gar nicht daran, den bisherigen Besitzer auszuschalten.“

Fest steht, daß die Inhaber der Produktionsmittel aller Art heute verzweifelt vor dem Chaos stehen, das ihr System in aller Welt angerichtet hat, daß sowohl die einzelnen wie auch die zu Konferenzen versammelten Wirtschaftsführer keinen Ausweg erblicken. Das beweisen ferner die soeben beendeten Verhandlungen in Basel, wie sie dem festgefahrenen Kreditmechanismus gegenüberstehen, und die bis zum Bersten gefüllten Läger und die immer mehr einschrumpfende Konsumkraft der Massen sowie die in aller Welt wachsende, die Wirtschafts- und Staatshaushalte ruinierende Arbeitslosigkeit. In Deutschland wie in anderen Ländern erhielten Banken und Industriekonzerne immer wieder geldliche Hilfe aus Staatskassen, die gewährt werden mußte, um die Betriebe flott zu halten und damit ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhüten. Und derselbe Staat, an den sich vor dem Bankerott stehende Unternehmungen, an den sich in schwerster Bedrängnis befindliche Banken um Hilfe wenden müssen, sollte diese Mittel der Steuerzahler gewähren, ohne den geringsten Einfluß auf die Verwendung der gegebenen Mittel auszuüben, ohne Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederkehr solcher Vorgänge im Interesse der Allgemeinheit vereiteln.

Das ist ein Widerspruch, mit dem sich abzufinden nur das Gehirn eines Nationalsozialisten fähig ist. Das ist gleichzeitig eine Gedankenrichtung, die weder national noch sozialistisch ist, national insofern nicht, als sie zugunsten eines Einzelnen oder einer Gruppe die Interessen weiter Kreise der Nation benach-

teiligt, sozialistisch deshalb nicht, weil sie hier das egoistische Einzelinteresse über das Gesamtinteresse stellt. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine ausgeweitete und vergrößerte Bewegung der früheren „Gelben“, der Wirtschaftsfriedlichen, die auf eine selbst- und zielbewußte Wahrnehmung ihrer Interessen durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß verzichteten.

Die Stellung der Nationalsozialisten zur Sozialversicherung richtet sich nach dem Vorbilde ihres Herrn und Meisters Mussolini, der während der Kriegsjahre die Nichterfüllung des von seinem Lande abgeschlossenen Bündnisvertrages gegenüber den anderen Verbündeten mit der Notwendigkeit begründete, heiligen „Eigennutz“ (sacro egoismo) zu üben, und so erblickt der Faschismus in der Sozialversicherung etwas sozial durchaus Unerwünschtes. Nationalsozialisten haben durch den Mund hervorragender Führer erklären lassen, sie seien grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung, weil es „geradezu zu einer Ausnutzung der Versicherung anreizt“. Sie sprechen von einer im „marxistischen System der Verantwortungslosigkeit und Leistungszerstörung üblichen ungerechtfertigten Rentenseuche“. Sie leugnen die aus der Wirtschaftskrise resultierenden finanziellen Schwierigkeiten der Sozialversicherung und schieben die Schuld auf Zentrum und Sozialdemokratie, auf christliche und rote Gewerkschaften. („Völkischer Beobachter“ 16./16. November 1931.)

Die Liebedienerei dieser angeblichen Arbeiterpartei gegenüber den besitzenden Schichten ist schwer zu vereinbaren mit dem öffentlichen Auftreten und der Lebensführung einer ganzen Anzahl prominenter nationalsozialistischer Führer. Unverständlich für jeden vernünftigen Denkenden ist, daß sich unter den Nachläufern dieser Partei auch Arbeitnehmer befinden, denen doch Worte und Taten ihrer Führer Veranlassung geben müßten, schleunigst eine Partei zu verlassen, in der sie mithelfen sollen, eine Herrschaft aufzurichten, die sich gegen sie selbst richtet. Es ist den Nationalsozialisten gelungen, durch skrupellose, keine Mittel der Demagogie und des Terrors scheuende Propaganda weite Schichten des Bürgertums, wenn nicht geistig zu überzeugen, so doch unter ihre Fuchtel zu bringen. Alle Versuche, in die gewerkschaftliche Front einzubrechen, sind gescheitert.

Die Gewerkschaften bestehen und wirken nicht um ihrer selbst willen. Sie sind der Ausdruck eines unabweisbaren Bedürfnisses der Arbeiter, sich zusammenzuschließen, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten, dabei also den „Klassenkampf“ zu führen, der ihnen vom wirtschaftlichen Gegenspieler aufgezwungen wird. Diese Lebensnotwendigkeit ist so tief ins Bewußtsein aller Arbeitnehmer eingedrungen, daß die Versuche der Nationalsozialisten, sie davon abzubringen, wirkungslos bleiben müssen. Die aufgeklärten Arbeitnehmer wissen, was sie von einer Bewegung zu halten haben, deren wirtschaftliches und sozialpolitisches Programm in ein mystisches Dunkel gehüllt ist, dort aber, wo es klar hervortritt, sich gegen ihre ureigensten Interessen richtet.

Worte und Taten stehen bei den Nationalsozialisten in unbestreitbarem Widerspruch. Eine ihrer größten Agitationslügen ist die Behauptung: „Im heutigen Staat könne nur derjenige im Betriebe oder in der Verwaltung sich behaupten oder höher rücken, der sich mit dem Parteibuch der „regierenden Partei“ zu legitimieren vermag“. Werft nur einen Blick in den Inseratenteil der nationalsozialistischen Presse, dort steht täglich, daß bei Stellengesuchen und Stellenangeboten weniger die Berufseignung als vielmehr die Bezeichnung „Pg.“ den Ausschlag gibt, und genau so verhält es sich mit den Stellen in der höheren Verwaltung gewisser Länder, in denen nicht Vorbildung, Erfahrung und Eignung, sondern die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei den Weg zu den höchsten und bestbezahlten Ämtern eröffnet.

Die Massenorganisationen der Arbeitnehmerschaft haben im Gefühl ihrer Stärke allzulange gezögert, aus der bisherigen beobachtenden und abwehrenden Position in die des Angriffs überzugehen. Manches hätte abgewehrt werden können, wenn die Masse des werttätigen Volkes auch nur einigermaßen sich der Methoden bedient hätte, die die nationalsozialistische Propaganda beliebt. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, wo es gilt, auf einen Schelm anderthalbe zu setzen. Trotz Not und Elend verliert die deutsche Arbeiterschaft Erhebliches, wenn der Nationalsozialismus in Deutschland ans Ruder kommen würde. Der Wert der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte und Einrichtungen in der demokratischen Republik würde wahrscheinlich den Millionen politisch und geistig Blinden erst dann fühlbar werden, wenn dieser Verlust eingetreten ist. In all den Ländern, in denen ein offener oder verkappter Faschismus herrscht, ist die Lage der arbeitenden Schichten, wenn nicht vollkommen verzweifelt, so doch erheblich schlechter als in Deutschland.

Nichts ist gefährlicher für die werttätige Bevölkerung, als der Gedanke, die Nationalsozialisten den Versuch zu politischen und wirtschaftlichen Experimenten machen zu lassen. Die Folgen solcher Versuche würde in erster Linie und in voller Schärfe die Arbeiterklasse tragen müssen. Darum gilt es, alles zu tun, um solch gefährliche Versuche mit allen Mitteln abzuwehren. Es gilt in gemeinsamer eiserner Front das Bestehende zu verteidigen, um auf ihm zu weiterem Fortschritt und Aufstieg zu gelangen. Not und Elend wollen wir gemeinsam bekämpfen und die arbeitende Menschheit zu einem Zustand bringen, der ihr das größte Maß irdischer Glückseligkeit garantiert.

Aus einem Meer von Blut und Tränen rettete die Arbeiterklasse die deutsche Republik und steigerte ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Staat und Wirtschaft. Wir verteidigen trotz Not und Elend gemeinsam in der Eisernen Front die bessere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse.

Der Arbeitersport in der Eisernen Front

In politisch normalen Zeiten gehört es nicht zu den Aufgaben der Arbeitersportverbände, sich an der Lösung politischer Fragen zu beteiligen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, die junge Arbeiterschaft körperlich und seelisch zu stählen und zu stärken, damit sie den harten Kampf ums Dasein erfolgreich bestehen kann. Auch die heutige Krisenzeit würde uns nicht veranlassen können, aus unserer politischen Reserve herauszugehen, wenn sich nicht Parteien aufgetan hätten, die den Verfassungsbruch und die Zerstümmung der sozialistischen Arbeiterbewegung ganz offen verkünden.

Im alten Kaiserreich war die Arbeitersportbewegung Objekt der Gesetzgebung. Man warf unsere Jugendleiter auf Grund veralteter Gesetzesbestimmungen aus vormärzlicher Zeit ins Gefängnis, wenn sie trotz Verbots die Turnstunden der Jugendabteilungen leiteten. Fast in allen Bundesstaaten des alten Reiches hatte man aus der Mottenkiste alte Gesetzesbestimmungen aus der Zeit des Absolutismus hervorgekramt, um den Arbeitersportvereinen das Jugendturnen unmöglich zu machen. Dem gleichen Zwecke diente das Reichsvereinsgesetz, dessen reaktionäre Bestimmungen später von den Volksbeauftragten außer Kraft gesetzt wurden. Die Turnhallen und Spielplätze der Gemeinden wurden den Arbeitervereinen im ganzen Reich vorenthalten. Diesem Terror der Staatsgewalt schlossen sich die Schikanen durch die Mächte des Kapitals würdig an. In den Lehrverträgen wurden Bestimmungen gegen den Besuch der Turnstunden eines Arbeitervereins aufgenommen. Jugendliche Arbeiter wurden entlassen, wenn sie einem Arbeitersportverein angehörten.

Die Republik hat diesem Zustande ein Ende gemacht. In wenigen Jahren ihrer Herrschaft hat sich die Arbeitersportbewegung vervierfacht, trotz der Nöte, in denen sich unser junges republikanisches Staatswesen seit seiner Entstehung fast ununterbrochen befunden hat. Hätte die Republik nicht die Sünden des Kaiserreiches büßen müssen, wäre sie nicht mit einer unerhörten schweren finanziellen Kriegsschuldenlast beladen worden, wie ganz anders hätte sie dastehen können, und welche hohen Kulturauf-

gaben, die auch der Arbeitersportbewegung zugute gekommen wären, hätte sie vollbringen können! Niemals wäre sie dann in die heutige schwierige Lage gekommen, und stets hätte die Arbeiterschaft in der Regierung ein wichtiges Wort mitgesprochen. Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen hat die Republik die Arbeitersportbewegung gefördert. Sie hat uns geholfen, unser stolzes Lehrgebäude in Leipzig zu errichten. Reich, Länder und Gemeinden haben mit geringen Ausnahmen die Arbeitersportbewegung gefördert, in manchen Ländern — Sachsen sei rühmend genannt — im gleichen Maße wie den bürgerlichen Sport. Auch unter den bisherigen Regierungen im Reiche hat sich an dieser Politik nichts geändert; sowohl unter den Ministern Jarres wie Schiele und von Reudell sind die Beihilfen ungeschmälert weiter gezahlt worden. Das ist wohl ein Beweis dafür, wie wertvoll die Bewegung selbst von ihren Gegnern eingeschätzt wird.

Nun soll das grundsätzlich anders werden. Die Hitlerpartei verkündet ganz offen, daß sie „den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten“ wolle! Nach den bisherigen Taten ihrer Söldner ist leider nicht daran zu zweifeln, daß sie diese Drohung wahr machen würde, wenn sie an die Macht kommen sollte. Daß sie unter Marxismus nicht ihren Gegenspieler, den Bolschewismus, versteht, sondern die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die Hauptträgerin der Republik, darüber ist kein Zweifel zulässig, steht d.h. der Bolschewismus der Republik ebenfalls als Todfeind gegenüber und liegt doch seine innere Seelenverwandtschaft mit dem Faschismus klar zutage. Ihre Diktaturdoktrinen unterscheiden sich nur durch die Farbe des Fahmentuches. Gleichgültig, ob der Faschismus legal zur Macht gelangen oder es durch einen Putsch versuchen sollte, immer werden seine Horden sich die Zerstörung der Arbeiterkultur als nächste Aufgabe wählen. Die Folgen der maßlosen Verheerung können gar nicht ausbleiben, selbst wenn den Drahtziehern im letzten Augenblick bei ihrer Gottähnlichkeit selber bange werden sollte. Sie werden die entfesselten bösen Instinkte nicht mehr bändigen können.

So wie die Dinge sich im Reiche entwickelt haben, steht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Tod bevor. Wenn der Faschismus in diesem Kampfe siegen sollte, dann wird die Basis der sozialistischen Bewegung so gründlich zerstört werden, daß Jahrzehnte zum Wiederaufbau nötig sein werden. Darum muß die gesamte Arbeiterschaft in der Abwehr des Faschismus wie ein Mann zusammenstehen, ganz gleich, in welchem Lager der einzelne sonst stehen mag. Im Entscheidungs-

Kampf muß sie in der Eisernen Front des Sozialismus und der Demokratie stehen, dort allein ist der Platz für jeden ehrlichen deutschen Arbeiter. Dort reihen sich auch die Arbeitersportler ein. Keiner von ihnen wird sich feig beiseite drücken, wenn es gilt, um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung in die Schranken zu treten. Von bürgerlicher Seite kann der Arbeiterschaft in diesem Kampfe nur geringe Unterstützung kommen, denn fast das gesamte Bürgertum steht im Lager des Faschismus, teils aus Angst vor dem Terror der Nazis, teils aus blindem Haß gegen die Arbeiterbewegung, der es in seinem politischen Unverstand alle Schuld an der Weltwirtschaftskrise aufbürdet. Angesichts dieser Blockbildung im Bürgertum wird jede Zersplitterung im Arbeiterlager zu einem Verbrechen am Proletariat. Keine Rücksichtnahme auf irgendwelche Sonderinteressen kann die deutschen Arbeitersportler daran hindern, sich dort einzureihen, wo die gesunde Masse der organisierten Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften besteht. Dort ist die wirkliche Einheitsfront gegen den Faschismus. Dort wollen wir gern mit allen ehrlichen Republikanern für den Schutz der Republik eintreten, der Republik, die nur eine geeinigte Arbeiterschaft zu einem wahren Volksstaat machen kann und machen wird.

Kurz vor Jahresluß hatten sich die Vertreter der sozialistischen Arbeitersport-Internationale in Paris versammelt, um zur Weltlage und den durch sie für den Arbeitersport aufgeworfenen Problemen Stellung zu nehmen. Noch einmal ließ man die Triumphtage von Wien vor dem geistigen Auge aufleuchten. Noch einmal wirbelte der Trommelklang der Arbeiterbataillone, dröhnte der Massentritt der 30 000 Mann starken deutschen Arbeiterarmee an das Ohr. Feurig klangen die Worte des 81jährigen französischen Sozialistenführers Brake, als er die Eindrücke von Wien schilderte und die hohe Mission der Arbeitersportbewegung in begeisternden Worten pries. Da gelobten wir uns aufs Neue, in Not und Tod treu zur Fahne der sozialistischen Arbeiterbewegung zu stehen. Mag auch vorübergehend die Reaktion den Vormarsch des Sozialismus aufhalten, auf die Dauer wird sie seinen Sieg nicht verhindern können. Für den Augenblick aber gilt es, alle Kräfte zu sammeln, um dem Generalansturm des Faschismus zu begegnen. An der Eisernen Front all derer, die den Glauben an die Erlösung der Menschheit aus der Knechtschaft des Kapitals noch nicht verloren haben, wird der faschistische Ansturm zerschellen.

Bildprobe aus dem
»Wahren Jacobs«



Wir kommen durch!

Im Kampf gegen Hitler

Adolf Schlucks, Kampf dem roten Kreuz	früher 20 Pf.,	jetzt 15
Staatsanw. Dr. Hoegner, Die Frau im dritten Reich	früher 20 Pf.,	jetzt 15
Käthe Kern, Frauen, entscheidet euch!	früher 20 Pf.,	jetzt 15
Das Selbstporträt Adolf Hitlers		15
Arthur Crispian, Marxistisches ABC	früher 20 Pf.,	jetzt 15
Adam Remmele, Die Futterkrippe	früher 30 Pf.,	jetzt 25 Pf.

Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung oder direkt vom

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68